



An
die Vorsitzenden der Betriebsräte der Universitäten
die Vorsitzenden und Stellv. der BV 13 und BV 16 der GÖD
die Mitglieder des VA der GÖD

Unser Zeichen
Zl. G-122b/2013 – Dr.G/Hof

Ihr Zeichen

Datum
Wien, 4. März 2013

Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!

**Betr.: Uni-Kollektivvertrag;
KV-Verhandlungen für 2013;
Forderung einer deutlichen Verbesserung des Angebotes**

In der Anlage übermittle ich euch den am vergangenen Freitag gemeinsam beschlossenen „offenen Brief“ an den Dachverband der Universitäten mit dem Ersuchen um Weiterleitung in eurem Vertretungsbereich.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
das Verhandlungsteam

WILLI GLOSS

MONIKA GABRIEL

PETER KORECKY

RICHARD KDOLSKY

GABRIELE WAIDRINGER

GERT-MICHAEL STEINER, JOSEF OSWALD

JOSEFINE PUNTUS

3 Beilagen





- OFFENER BRIEF -

Herrn Vorsitzenden
des Dachverbandes der Universitäten
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang SCHÜTZ
Medizinische Universität Wien
Per e-mail

Unser Zeichen
Zl. G-122/2013- Dr.G/Chv

Ihr Zeichen

Datum
Wien, 4. März 2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

**Betrifft: Uni-Kollektivvertrag;
KV-Verhandlungen für 2013;
Forderung einer deutlichen Verbesserung des Angebotes**

Zwecks Erhaltung der Kaufkraft der KV-Beschäftigten haben die Betriebsräte des wissenschaftlichen/künstlerischen und des allgemeinen Personals die Rektorinnen und Rektoren der Universitäten um Unterstützung der Forderung nach Inflationsabgeltung für 2013 ersucht.

Tenor der meisten Antworten war, dass die – angeblich vom BM für Wissenschaft und Forschung – verlangte Parallelität der KV-Gehaltsbewegung mit der Nulllohnrunde des öffentlichen Dienstes 2013 der Hauptgrund für das derzeitige, **real gehaltskürzende, d.h. nicht kaufkrafterhaltende**, Angebot ist.

Diese Begründung beruht auf einem **fundamentalen** Missverständnis:

1. Das UG 2002 hat die Universitäten mit **Autonomie** ausgestattet, die auch das Arbeits- und Entgeltrecht der KV-Beschäftigten einschließt. Seitdem Gehaltsverhandlungen im Rahmen des Uni-KV mit dem Dachverband geführt werden, ist stets auf Basis eigenständiger Grundlagen und Notwendigkeiten der Universitäten verhandelt worden.
2. Im Wettbewerb um die besten Köpfe stehen die Universitäten nicht primär in Konkurrenz zum öffentlichen Dienst, sondern in Konkurrenz zu privatwirtschaftlich geführten Einrichtungen, die ihre Beschäftigten auf der Basis von Kollektivverträgen entlohnen. Auf diese Situation ist daher Bedacht zu nehmen!





3. Die Bundesministerin für Finanzen hat anlässlich der Vereinbarung einer Nulllohnrunde für 2013 betreffend Beamte und Vertragsbedienstete im Rahmen des Stabilitätspaktes 2012 – 2016 die Erklärung abgegeben, dass diese Vereinbarung **nicht** für die ausgegliederten Bereiche des Bundes gilt. Beweis dafür ist die beiliegende Liste der KV-Abschlüsse für die Beschäftigten in ausgegliederten Bundesbereichen. Da die Universitäten aus dem Bund ausgegliedert sind, haben sie – so wie die anderen ausgegliederten Dienststellen des Bundes – in der Gehaltspolitik völlige rechtliche und politische Unabhängigkeit von der Nulllohnrunde des Bundes (vgl. die beiliegende APA-Aussendung).

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst erneuert daher gemeinsam mit den Betriebsräten ihre Forderung auf Erhaltung der realen Kaufkraft für 2013 der an den Universitäten beschäftigten Kolleginnen und Kollegen und fordert die Vorlage eines verbesserten Angebotes.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
für das Verhandlungsteam

2 Beilagen

Branche	Datum gültig ab	Laufzeit Monate	2013 KV	IST	2012 KV
AGES	01.01.2013	12	70 € (~4,1-1,4%)		
DienstnehmerInnen d. Arbeitsmarktservice (AMS)	01.01.2013	12	1,5% + 480 € pro AN in Prämientopf + 200 € Einmalzahlung		
Kollektivvertrag für außer-universitäre Forschung	01.01.2013	12	2,9% oder Verteiloption 2,7%-3,1%		
Bundesimmobilien GesmbH (BIG – vormals IMB)	01.01.2013	12	3%	2,7%	
DienstnehmerInnen d. Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ)	01.01.2013	12	1,5% plus 30 € Zulagenerhöhung um 2,3 % Einmalzahlung 300 €		
ArbeitnehmerInnen d. Kunsthistorischen Museums, Museum für Völkerkunde u. Österr. Theatermuseum (KHM)	01.04.2012	12			3,2%
DienstnehmerInnen d. Österr. Akademie d. Wissenschaften (ÖAW)	01.04.2012	15			3%
Ang. d. Österr. Bundesforste AG (ÖBF AG)	01.01.2013	12	2,8%		
Universität	01.01.2012	12			3%
Sozialwirtschaft Österreich (BAGS)	01.02.2013	12	2,75% + flankierende Unterstützung		
OÖ. Ordensspitäler + Pflegeheime			2,6% + flankierende Nebengeräusche		
Öffentlicher Dienst	01.01.2013	12	ÖD = 0		

08.10.2012 - Bildung / Universitäten / Rektoren / Politik

Schmidinger: Budgetsituation "erheblich entspannt"



Wien (APA) - Der Auftritt von Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (V) bei der Sondersitzung der Universitätenkonferenz (uniko) hat die Lage nach Ansicht von uniko-Präsident Heinrich Schmidinger "erheblich entspannt". Die Gelder, die die Unis aus dem im Rahmen der "Hochschulmilliarde" für 2013 bis 2015 geschaffenen 450 Mio. Euro schweren Strukturfonds erhalten, dürften demnach auch in die Grundbudgets der Hochschulen fließen, so Schmidinger zur APA. "Die Rektorate können auf Basis des heutigen Gespräches die Verhandlungen über die Leistungsvereinbarungen fortführen."

Zusätzlich zu den rund 6,5 Mrd. Euro des regulären Uni-Budgets erhalten die Hochschulen von 2013 bis 2015 Mittel aus der "Hochschulmilliarde". Diese umfasst insgesamt 300 Mio. Euro für die Uni-Grundbudgets, 450 Mio. Euro an "Hochschulraum-Strukturmitteln", die im Wettbewerb etwa für prüfungsaktive Studenten oder Kooperationen mit anderen Hochschulen vergeben werden, sowie 240 Mio. Euro an "Offensivmitteln". Die Rektoren forderten zuletzt eine Umwidmung sämtlicher Mittel, um sie in den Grundbudgets zur Verfügung zu haben. Nur so könnte der Status Quo aufrechterhalten werden.

Mehr Freiraum für Unis

Nun sollen die Strukturmittel zwar durchaus nach Kriterien vergeben werden - die Unis dürfen aber autonom festlegen, wie sie die Mittel verwenden. "Die Universitäten haben das bis jetzt immer viel enger ausgelegt bzw. enger ausgelegt bekommen. Wir sind davon ausgegangen, dass diese Mittel für in den Leistungsvereinbarungen 'gemascherlte Ziele' verwendet werden müssen." Nun habe der Minister klargestellt, dass jede Uni berechtigt sei, die Mittel im Rahmen ihres Globalbudgets zu verwenden, wie sie es für richtig halte. So könnten etwa Fixkosten abgedeckt und Indexanpassungen finanziert werden.

Töchterle sprach in einer Aussendung davon, dass "einige Unklarheiten beseitigt werden konnten, etwa über die tatsächliche Höhe der Mittel, die an die Unis fließen, und insbesondere über die Verwendung der Mittel aus dem neu geschaffenen Hochschulraumstrukturfonds." Durch die Hochschulmilliarde würden mehr als 900 Millionen Euro zusätzlich an die Unis fließen.

"Trotzdem bleibt die finanzielle Situation angespannt", meinte Schmidinger. "Ich bleibe auch dabei, dass die Gestaltungsspielräume nicht sehr groß sind." So geht der Rektoren-Chef etwa davon aus, dass die Offensivmittel sehr wohl zweckgebunden verwendet werden müssten. Auch die Frage der Zugangsregeln enthalte noch eine Reihe von Unwägbarkeiten - bei den Studiengebühren habe Tochterle hingegen klargestellt, dass die Unis den Ersatz für die entfallenen Studiengebühren erhalten. Dieses Thema werde allerdings wohl neu beredet werden, wenn der Verfassungsgerichtshof (VfGH) den Unis die autonome Einhebung von Gebühren gestattet.

Am Ende der Verhandlungen zu den neuen Leistungsvereinbarung, die am 1. Jänner in Kraft treten sollen, werde jede Uni für sich sagen müssen, ob die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, so Schmidinger. "Ich kann nicht ausschließen, dass die eine oder andere Uni sagt 'Es reicht nicht'".

(Schluss) nt

ZUK0050 2012-10-08/16:40

081640 Okt 12

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.